

«Ich überlegte mir, ob es schlau ist, wenn ich mein Davidstern-Kettchen anziehe»

Sonja Rueff-Frenkel ist Zürcher Jüdin. Die Sicherheit für Juden in der Schweiz sei eine trügerische, denn Angriffe von Hamas-Sympathisanten seien auch hier nicht ausgeschlossen, sagt die FDP-Politikerin im Gespräch mit Zeno Geisseler



«Ich kann mir die linke Solidarisierung mit Extremisten nicht rational erklären», sagt Sonja Rueff-Frenkel.

ENNIO LEANZA / KEYSTONE

Frau Rueff-Frenkel, wie erleben Sie als Zürcher Jüdin die Situation nach dem Terrorangriff in Israel?
Ich bin bestürzt. Mein Mann war noch am Wochenende in Tel Aviv und konnte am Montag zurück nach Zürich fliegen. Wir haben grosse Angst um die Menschen in Israel, wir haben aber auch Angst hier in der Schweiz und in Zürich.

Angst in der Schweiz?
Wir sind dankbar für die Sicherheit, die wir hier geniessen, aber wir wissen leider auch, dass diese Sicherheit trügerisch sein kann.

Weshalb?
Wenn ich durch die Strassen gehe und irgendwo steht «Free Palestine», dann weiss ich, dass es auch hier Menschen gibt, welche die Terrorattacke gutheissen. Sie tun dies vielleicht nicht so öffentlich wie an den Demonstrationen wie in Berlin, sie solidarisieren sich aber trotzdem mit den Terroristen.

Die Schmierereien verunsichern Sie?
Es sind eben nicht einfach nur Schmierereien. Ich gehe mit dem Bewusstsein durch die Strassen, dass ich von Hamas-Sympathisanten vielleicht angegriffen würde, wenn sie wüssten, dass ich jüdisch bin. Ich überlegte mir in den letzten Tagen öfters, ob es schlau ist, wenn ich mein Halskettchen mit dem Davidstern anziehe. Man fühlt sich schutzlos und ist besorgt um die Familie.

Sind die jüdischen Einrichtungen in Zürich derzeit besonders gefährdet?
Sie werden zum Glück gut beschützt. Aber es bleibt eine grosse Unsicherheit. Nehmen Sie den Aufruf, der auf Social Media herumgeisterte, wonach am Freitag weltweit jüdische Einrichtungen angegriffen würden. Waren das Fake News? War das ernst gemeint? Wir wussten es nicht, aber die Verunsicherung war sehr real. Wir als Jüdinnen und Juden müssen uns gerade an solchen Tagen sehr gut überlegen, wie wir uns zeigen und wie und wo wir uns bewegen.

In der Schweiz sollte man sich nicht verstecken müssen. Es herrscht Religionsfreiheit.
Es geht nicht einmal um Religion, es geht einfach um puren Hass. Ich sehe

mich als ganz gewöhnliche Schweizerin, ich bin hier aufgewachsen und verwurzelt, ich stelle meine jüdische Herkunft auch politisch nicht in den Vordergrund. Dennoch fühle ich mich ständig wie auf einer Anklagebank. Ich könnte schreien: Macht die Augen auf, schaut doch hier und jetzt, wer Täter und wer Opfer ist, es ist doch eindeutig. Und mit Täter meine ich die Hamas, nicht die palästinensische Bevölkerung.

Wie können jüdische Gruppierungen aus der Schweiz Betroffenen in Israel helfen?

Es gibt Chat-Gruppen. Personen bieten psychologische Unterstützung, andere helfen, eine Rückreise aus Israel zu organisieren oder sammeln Geld und Lebensmittel. Ich schreibe meinen israelischen Freunden regelmässig und frage, wie es ihnen geht. Wir schreiben auch Briefe an israelische Soldaten.

Aus anderen Ländern sind Juden nach Israel gereist, um direkt vor Ort Unterstützung zu leisten. Ist das auch in den Zürcher Gemeinden ein Thema?
Nein. Nach Israel geflohen sind in erster Linie diejenigen, die im Land leben und darunter speziell die, die als Reservisten in die Armee einberufen wurden. Die Hilfe vor Ort funktioniert, wir würden eher im Weg stehen.

Sie sprachen vorhin die radikal-islamischen Demonstrationen wie in Berlin an. Sie sind eine Liberale und Rechtsanwältin. Wie weit darf Ihrer Ansicht nach die Meinungsfreiheit gehen?
Wenn sich jemand einfach mit der Zivilbevölkerung im Gazastreifen solidarisiert, dann ist das selbstverständlich erlaubt. Aber wenn an einer Demo Aufrufe ertönen wie «from the river to the sea», dann ist das ein direkter Aufruf, Israel zu vernichten. In Sydney hörte man sogar Rufe wie «Gas the Jews». Da stehen einem die Haare zu Berge. Das darf auf Zürcher Boden nicht passieren.

Solche Demonstrationen gab es in Zürich bisher nicht.
Nein, aber am Donnerstag war an der Universität Zürich zum Beispiel eine Veranstaltung von Kommunisten angekündigt mit dem Titel «Solidarität mit Palästina – Intifada bis zum Sieg».

Auf dem Plakat waren Vermummte mit Sturmgewehren zu sehen. Die Botschaft ist genau die gleiche: Weg mit Israel, weg mit den Juden.

Gerade die linke Kritik an Israel hat eine seltsame Färbung. Israel sei ein faschistischer Staat und rechtsextrem, heisst es etwa. Was antworten Sie diesen Kritikern?
Ich lade diese Leute ein, einmal Israel zu besuchen. Fliegt nach Tel Aviv und schwenkt dort die Regenbogenfahne. Es passiert nichts. Dann probiert das Gleiche im Gazastreifen und schaut, wie weit ihr kommt. Viele Menschen in der Schweiz haben leider keine Ahnung, wie es in Israel und in den palästinensischen Gebieten wirklich ist. Sie plappern einfach nach, was sie hören. Israel ist ein demokratisches Land. Ich kann mir die linke Solidarisierung mit extremistischen Palästinensern nicht rational erklären.

Die jüdische Gemeinschaft in Zürich steht nicht alleine da. Diese Woche stellte sich der Zürcher Regierungspräsident Mario Fehr an einer Kundgebung öffentlich klar hinter Israel und die Schweizer Juden.
Das war ein wichtiges Signal. Ich selbst habe ebenfalls viele Nachrichten und Anrufe erhalten aus dem gesamten politischen Spektrum. Diese Solidarität bedeutet mir sehr viel.

Die öffentliche Solidarität ist allerdings nicht riesig. Als Russland in der Ukraine einmarschierte, gab es mehrere, breit abgestützte Kundgebungen mit Zehntausenden von Teilnehmern. Die Zürcher Israel-Demonstration diese Woche auf dem Münsterhof war sehr viel kleiner und wurde von jüdischen Organisationen auf die Beine gestellt. Wo blieb die grosse Resonanz?
Ich denke, dass viele Menschen davor zurückschrecken, sich öffentlich mit den Juden und mit Israel zu solidarisieren. Sie fürchten, dass sie sich dafür irgendwie rechtfertigen müssen. Dabei war das, was in Israel passierte, schlicht ein Massaker von Terroristen an unschuldigen Zivilisten. Es wurden wahllos Frauen, Männer und Kinder ermordet. Über tausend Menschen an einem Tag. Ich hätte gehofft, dass nach diesem abscheulichen Verbrechen mehr Zürcher mit uns zusammenstehen würden.

Während der Kanton Zürich sich für Israel ausgesprochen hat, blieb die Reaktion der Stadt Zürich lau. Hätten Sie mehr erwartet?
Die Sicherheitsbehörden handeln adäquat. Aber die öffentliche Stellungnahme ist tatsächlich bescheiden. Nach dem russischen Einfall wurde die ganze Bellevuebrücke mit Ukraine-Fahnen beflaggt. Ich will keine Konflikte gegeneinander ausspielen, aber auch für uns wären solche symbolischen Aktionen wichtig.

Muslimische Gruppen hatten einen radikal-islamischen Prediger nach Zürich eingeladen; die Veranstaltung wurde kurzfristig abgesagt. Der Kanton und der Bund hatten die Gruppe zuvor finanziell unterstützt. Sollen solche Vereinigungen künftig noch Beiträge der öffentlichen Hand erhalten?
Da muss der Kanton sicher genau hinschauen. Viel schlimmer ist, dass der Antisemitismus in linken und muslimischen Kreisen so tief verwurzelt ist. Das bringt man nicht einfach weg, indem der Kanton gewisse Zahlungen einstellt.

Im April trat der israelienfeindliche frühere Pink-Floyd-Sänger Roger Waters im Hallenstadion auf. Jüdische Organisationen hatten das Konzert im Vorfeld kritisiert, die Stadt konnte und wollte den Auftritt aber nicht verbieten.

Ich wollte mir ein eigenes Bild machen und war gemeinsam mit dem ebenfalls jüdischen GLP-Gemeinderat Ronny Siev sogar am Konzert.

Wie war es?
Ich war schockiert. Es war eine gigantische antisemitische Propagandaveranstaltung. Der Grenzzaun in Israel wurde mit Massakern in Afrika gleichgesetzt, auf einem riesigen aufblasbaren Schwein prangte zwar nicht mehr der Davidstern wie an früheren Konzerten, stattdessen waren aber Logos von israelischen Firmen zu sehen. Waters schoss mit einer Attrappe eines Maschinengewehrs in die Menge. Und in der Halle rund um uns herum standen Tausende johlende Fans, die offenbar gar nicht bemerkten, wie sie manipuliert werden.

Hätte man den Anlass verbieten sollen?
Das wäre rein rechtlich wahrscheinlich nicht möglich gewesen. Vor allem aber hätte es auch in diesem Fall nichts an der Einstellung vieler Leute geändert. Wenigstens hätte man es beim Namen nennen sollen, was dort passierte.

Sie sind Zürcher Kantonsrätin, Sie können also politische Forderungen sehr direkt einbringen. Was planen Sie?
Auf der kantonalen Ebene muss ich nicht tätig werden. Der Schutz der jüdischen Einrichtungen ist bereits gewährleistet, und mit Mario Fehr haben wir einen Regierungsrat, der voll und ganz hinter uns steht. Tätig werden muss die Schweiz auf nationaler Ebene, namentlich mit dem Verbot der Hamas und mit dem Einstellen der Hilfgelder, die letztlich den Terror mitfinanzieren. Aber es ist nicht einfach nur die Politik, die reagieren muss. Es ist die Gesellschaft, die den Mut haben muss, die Vorgänge klar zu beurteilen, ohne Wenn und Aber.

Stadtzürcherin und Kantonsrätin

zge. · Sonja Rueff-Frenkel, Jahrgang 1972, ist Rechtsanwältin und Kantonsrätin der FDP. Die Stadtzürcherin ist Leiterin der Rechtsberatung und stellvertretende Geschäftsführerin des Hauseigentümergebietes Aargau. Sie war mehrere Jahre Vorstandsmitglied des Israelitischen Frauenvereins Zürich. Rueff-Frenkel ist verheiratet und Mutter von drei Kindern.

ANZEIGE

FDP Die Liberalen

Regine Sauter in den Ständerat

Zusammen mit Gregor Rutz

reginesauter.ch